MEHR WACHSTUM UND DEMOKRATIE

Medienmitteilung **8. Mai 2008**

Arbeitsplätze statt Bauverhinderung

Die Initiative zum Verbandsbeschwerderecht kommt definitiv vors Volks

Die Volksinitiative „Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – mehr Wachstum für die Schweiz!“ ist nach den Beratungen im Bundesparlament bereit für die Volksabstimmung. National- und Ständerat haben das demokratiepolitische Anliegen der Initiative nicht in einem Gegenvorschlag aufgegriffen. Das Initiativkomitee hält deshalb an dem Volksbegehren fest, das von 120'000 Personen unterzeichnet worden ist und für das 21 FDP-Kantonalparteien Unterschriften gesammelt haben. Sie werden dabei vom Präsidenten der FDP Schweiz, Nationalrat Fulvio Pelli, klar unterstützt. Die Vorbereitungen für den Abstimmungskampf sind bereits weit vorangeschritten.

Das Initiativkomitee hat entschieden, dass definitiv am Volksbegehren „Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – mehr Wachstum für die Schweiz!“ festgehalten wird. Die eidgenössischen Räte sind nicht auf das demokratiepolitische Anliegen der Initiative eingetreten. Ein Gegenvorschlag liegt nicht vor. Deshalb halten die Initianten an ihrer Forderung fest: Wenn ein Bauvorhaben von einem Parlament oder vom Stimmvolk demokratisch abgesegnet worden ist, sollen weder der VCS noch andere private Umweltverbände mehr Beschwerde erheben dürfen. Dafür zuständig sollen ausschliesslich demokratisch legitimierte Behörden sein.

Gute Erfolgschancen

Das Volksbegehren hat an der Urne gute Erfolgschancen: Die Bevölkerung hat längst erkannt, dass es inakzeptabel ist, wenn der VCS und andere private Organisationen Bauvorhaben aus rein ideologischen Gründen und zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft jahrelang blockieren oder ganz verhindern. Es ist Pflicht und Aufgabe der demokratisch legitimierten Behörden, die Einhaltung des Umweltschutzgesetzes sicherzustellen, und sicher nicht von privaten Verbänden. Im Übrigen hat ein Gutachten des anerkannten Rechtsexperten Prof. Yvo Hangartner klar aufgezeigt: Der neue Verfassungsartikel ist klar und kann direkt angewendet werden.

Die Volksinitiative wurde im Mai 2006 mit rund 120'000 Unterschriften eingereicht. Insgesamt 21 FDP-Kantonalparteien beteiligten sich an der Unterschriftensammlung. Die Geschäftsleitung der FDP Schweiz, die Konferenz der FDP-Kantonalparteipräsidenten und die freisinnige Bundesversammlung

Komitee
«Verbandsbeschwerde:
Schluss mit der Verhinderungspolitik»
c/o FDP Kanton Zürich
Spitalgasse 5, 8001 Zürich
admin@fdp-zh.ch
www.wachstum.ch

haben dem Volksbegehren bereits zugestimmt. Auch Fulvio Pelli, Präsident der FDP Schweiz, hat sich persönlich deutlich geäussert: „Ein Abstimmungskampf ist die klar bessere Option."

Auch in der Wirtschaft ist die Initiative breit abgestützt: der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse, der Schweizerische Gewerbeverband, Hotelleriesuisse sowie namhafte Generalunternehmer und Vertreter der Immobilienbranche unterstützen die Initiative. Die Umweltverbände müssen akzeptieren, dass im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung wirtschaftliche Anliegen genauso wichtig sind wie ökologische.

Bereits 75 Parlamentsmitglieder im überparteilichen Komitee

Die Vorbereitungen für den Abstimmungskampf sind bereit angelaufen. Über 75 eidgenössische Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus FDP, SVP, CVP und Liberalen haben sich in das überparteiliche Befürworterkomitee eingeschrieben, das den Abstimmungskampf führen wird. Das Co-Präsidium des überparteilichen Komitees wird sich in Kürze konstituieren.

Kontaktpersonen:

Deutsch:

Konrad Hurni, Präsident Initiativkomitee, Mobile 079 273 21 77

Doris Fiala, Nationalrätin FDP, Mitglied Initiativkomitee, Mobile 079 611 84 17

Französisch:

Philippe Nantermod, Mitglied Initiativkomitee, Mobile 076 584 34 22

Andreas Hammer, Geschäftsführer FDP Kanton Zürich, Mobile 079 335 75 06

Weiterführende Informationen unter:

www.wachstum.ch

www.croissance.ch